



73. Jahrgang / Dezember 2000

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

- 61. *Gehaltsabkommen 2001*
- 62. *Aktuelle dienstrechtliche Maßnahmen*
- 63. *Brandschutzmaßnahmen für die Aufstellung von Festzelten*
- 64. *RiS Kommunal – Die Homepagelösung für Gemeinden*
- 65. *Erhebung über die Gemeindegebarung 1998 des BMfF: Bezirksübersichten und Landesübersicht*
- 66. *Finanzdaten der Gemeinden Tirols 1997 bis 1999*
Mitteilung der Gemeinde Eben am Achensee
Verbraucherpreisindex für Oktober 2000 (vorläufiges Ergebnis)

* * * * *

Der Gemeindereferent der Tiroler Landesregierung, Landesrat Konrad Streiter, und die Angehörigen der Abteilung Gemeindeangelegenheiten des Amtes der Tiroler Landesregierung wünschen allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Mitgliedern der Gemeinderäte und Gemeindebediensteten sowie allen Lesern des Merkblattes ein fröhliches, gnadenvolles Weihnachtsfest und ein glückliches, erfolgreiches neues Jahr.

* * * * *



61.

Gehaltsabkommen 2001

Es wird mitgeteilt, dass Vertreter der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, des Österreichischen Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes unter dem Vorsitz von Landeshauptmann Stix in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz in ihrer Sitzung vom 20. November 2000 zum Gehaltsabkommen 2001 folgendes beschlossen haben:

- „Länder, Gemeindebund und Städtebund sind mit der durch die einseitige Aufkündigung gemeinsamer Verhandlungen durch den Bund über die Lohn- und Gehaltsentwicklung der öffentlich Bediensteten entstandenen Situation nicht einverstanden.
- Alle Beteiligten erklären, dass sie eine derartige Vorgangsweise, in der Länder, Städte und Gemeinden von den Verhandlungen ausgeschlossen sind und vom Verhandlungsergebnis nur in Kenntnis gesetzt werden, nicht akzeptieren können.
- Sämtliche Besprechungsteilnehmer halten trotz einseitiger Aufkündigung der Vereinbarung über eine kooperative Lohnpolitik aller Gebietskörperschaften

durch den Bund diese weiterhin für sinnvoll und notwendig.

- Im Hinblick auf die angespannte Budgetsituation und den entstandenen Zeitdruck erscheint es gerade noch vertretbar, den Gehaltsabschluss des Bundes für 2001 und 2002 auch für den Bereich der Gemeindebediensteten im Einklang mit den Ländern für die Landesbediensteten zu übernehmen.
- Alle Seiten erklären sich jedoch bereit, innerhalb kürzester Zeit (ca. sechs Monate) Formen der Verhandlungsstruktur zu finden, die eine solche oder eine ähnliche Situation für die Zukunft auszuschließen.
- Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in den Städten und Gemeinden kommen weiters überein, nach der Fixierung einer solchen Verhandlungsstruktur im Herbst 2001 das Ergebnis für 2002 angesichts der bis dahin erfolgten und zu erwartenden Entwicklung unter Berücksichtigung der Situation in den Städten und Gemeinden zu bewerten und allenfalls eine Änderung vorzuschlagen.“

Es wird um Kenntnisnahme gebeten.

62.

Aktuelle dienstrechtliche Informationen

Pauschalierter Dienstgeberbeitrag

Hat der Dienstgeber mehr als einen geringfügig Beschäftigten, ist die Lohnsumme (ohne Sonderzahlungen) aller geringfügig Beschäftigten (Dienstnehmer und freie Dienstnehmer) im Kalendermonat zu ermitteln. Übersteigt diese Summe das eineinhalbfache der monatlichen Geringfügigkeitsgrenze (2000: S 5.966,-), hat der Dienstgeber an Stelle des Unfallversicherungsbeitrages einen Pauschalbeitrag zu entrichten.

Dieser Pauschalbeitrag ist einheitlich mit 17,8% (KV 3,85%, PV 12,55% UV 1,4%) der Beitragsgrundlage festgelegt. Beitragsgrundlage für den Pauschalbeitrag ist die Lohnsumme aller geringfügigen Entgelte (einschließlich Sonderzahlungen).

Fondsbeiträge und Umlagen fallen keine an.

Für die Verrechnung des Pauschalbeitrages ist die Verrechnungsgruppe N62 zu verwenden. Die allgemeine Beitragsgrundlage und die Sonderzahlungsgrundlage sind getrennt anzuführen.

Als Beitragszeitraum gilt das Kalenderjahr. Die Beiträge (Unfallversicherungsbeitrag bzw. pauschalierter Dienstgeberbeitrag) sind erst mit Ablauf des Kalenderjahres fällig und so zu entrichten, dass sie bis spätestens 15. Jänner des folgenden Kalenderjahres bei der TGKK einlangen.

Die Beiträge können auch monatlich abgerechnet werden. Die entsprechenden Vereinbarungen sind mit dem Versicherungsträger zu treffen.

Für alle geringfügig Beschäftigten ist wie für alle anderen Dienstnehmer bis längstens Ende Februar des Folgejahres ein gesonderter Beitragsgrundlagenachweis zu erstellen.

Erstattungsanträge nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz

Seit 1. Oktober 2000 ist der Entgeltfortzahlungsbeitrag (2,1%) für Dienstverhältnisse, die dem Entgeltfortzahlungsgesetz (EFZG) unterliegen, nicht mehr zu entrichten. Für Dienstverhinderungen, die nach dem 30. September 2000 eingetreten sind, besteht kein Anspruch auf Erstattung der Arbeitgeberaufwendungen für das fortgezahlte Entgelt mehr (§ 8 EFZG). Ist die Dienstverhinderung vor dem 1. Oktober 2000 eingetreten und hat sie über diesen Zeitpunkt hinaus gedauert, besteht ein Anspruch auf Erstattung trotzdem nur bis zum 30. September 2000.

Sämtliche Ansprüche auf Erstattungsbeträge für Zeiträume vor dem 1. Oktober 2000 müssen vom Arbeitgeber bis spätestens 31. Dezember 2000 geltend gemacht werden. Bei dieser Frist handelt es sich um eine Ausschlussfrist. (Artikel 2 Arbeitsrechtsänderungsgesetz 2000, BGBl. I Nr. 44/2000).

Änderung der Entgeltfortzahlung bei Dienstverhinderung

Das Arbeitsrechtsänderungsgesetz 2000 – ARÄG 2000, BGBl. I Nr. 44/2000, bringt für die Gemeinden und Gemeindeverbände unter anderem Änderungen hinsichtlich der Entgeltfortzahlung bei Dienstverhinderungen wegen Krankheit oder Unglücksfall für jene Bedienstete, auf die die Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, des Entgeltfortzahlungsgesetzes oder das Hausbesorgergesetz anzuwenden sind.

Arbeitnehmer, auf die die angeführten Bestimmungen anzuwenden sind und die durch Krankheit (Unglücksfall) an der Dienstleistung verhindert sind, behalten den Anspruch auf das Entgelt wie folgt:

Dauer des Arbeitsverhältnisses	Fortzahlungsdauer
Dienstantritt–5 Jahre	6 Wochen
5 Jahre–15 Jahre	8 Wochen
15 Jahre–25 Jahre	10 Wochen
25 Jahre	12 Wochen.

Durch jeweils weitere vier Wochen behält der Arbeitnehmer den Anspruch auf das halbe Entgelt.

Wird ein Dienstnehmer durch Arbeitsunfall oder Berufskrankheit an der Leistung seiner Dienste verhindert, besteht folgender Anspruch auf Entgeltfortzahlung:

Dauer des Arbeitsverhältnisses	Fortzahlungsdauer
bis 15 Jahre	8 Wochen
ab dem 16. Jahr	10 Wochen.

Diese Ansprüche sind auf Dienstverhinderungen anzuwenden, die in nach dem 31. Dezember 2000 begonnenen Arbeitsjahren eingetreten sind.

Verfall des Erholungsurlaubes

Urlaubsansprüche aus dem Jahr 1999 verfallen nach § 27h des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 mit Ablauf des 31. Dezember 2000. Ist der Verbrauch bis zu diesem Zeitpunkt aus dienstlichen Gründen nicht möglich, so tritt der Verfall erst mit Ablauf des folgenden Kalen-

derjahres ein. Die Beurteilung der Frage, ob der Verbrauch des Erholungsurlaubes aus dienstlichen Gründen nicht möglich ist und somit die Verfallsfrist um ein Jahr verlängert wird, obliegt dem Gemeinderat.

Zu beachten ist auch, dass Überstunden nicht durch Zeitausgleich abzugelten sind, wenn der Verbrauch des Erholungsurlaubes aus dienstlichen Gründen auf Schwierigkeiten stößt.

Hat der Vertragsbedienstete einen Karenzurlaub nach dem Mutterschutzgesetz oder dem Eltern-Karenzurlaubsgesetz in Anspruch genommen, so wird der Verfallstermin um jenen Zeitpunkt hinausgeschoben, um den dieser Karenzurlaub das Ausmaß von zehn Monaten übersteigt.

Urlaubsentschädigung und Urlaubsabfindung

Anstelle der Bestimmungen über Urlaubsentschädigung und Urlaubsabfindung wurde im § 10 des Urlaubsgesetzes, BGBl. Nr. 390/1976 i. d. F. BGBl. I Nr. 44/2000, eine Neuregelung mit der Bezeichnung „Ansprüche bei Beendigung des Dienstverhältnisses“ getroffen. Demnach gebührt bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine Abgeltung für den der Dauer der Dienstzeit in diesem Urlaubsjahr im Verhältnis zum gesamten Urlaubsjahr entsprechenden Urlaub. Bis zum In-Kraft-Treten einer gleichartigen Regelung in den für die Vertragsbediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände geltenden Bestimmungen, gelten die bisherigen Vorschriften über Urlaubsentschädigung und Urlaubsabfindung weiter.

Überstunden

Überstunden aus dem Jahr 2000, deren Abgeltung durch Zeitausgleich nicht in den nächsten Monaten sichergestellt ist, sind noch im Jahr 2000 als Überstun-

denvergütungen auszuzahlen. Da zu einem späteren Zeitpunkt eine Aufrollung Probleme bereitet.

Beförderung von Beamten im Jahr 2001

Den Gemeinden wird empfohlen, bereits jetzt zu überprüfen, welche Beamte im Jahr 2001 nach den Beförderungsrichtlinien zur Beförderung heranstehen und im Voranschlag beim Dienstpostenplan und bei den einzelnen Ansätzen entsprechend vorzusorgen. Der Beschluss über die Änderung des Dienstpostenplanes ist kundzumachen und der Landesregierung nach § 51 TGO 1966 zur Genehmigung vorzulegen. Die einzelnen Beamte haben selbst darauf zu achten, wann für sie eine Beförderung in Frage kommt und rechtzeitig einen entsprechenden Antrag auf Beförderung zu stellen.

Versicherungsungspflicht von Zusatzpensionen

Das Budgetbegleitgesetz 2001 wird zahlreiche Änderungen bringen. Nach § 73 Abs. 1a ASVG. werden von den von den Gemeinden und Gemeindeverbänden ausbezahlten Zusatzpensionen Krankenversicherungsbeiträge in der Höhe von 3,75% ab 1. Jänner 2001 einzuhalten sein. Ein sogenannter Dienstgeberbeitrag ist nicht vorgesehen.

Mitversicherung von Familienangehörigen

Angehörige – mit Ausnahme der Kinder und Enkelkinder – sollen in Hinkunft nur mehr dann in der Krankenversicherung beitragsfrei mitversichert sein, wenn besonders berücksichtigungswürdige Umstände, wie z. B. Kindererziehungsarbeit, vorliegen. Für Personen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, ist ein besonderer Zusatzbeitrag in der Krankenversicherung zu entrichten (§ 51d ASVG).

Nähere Informationen wird die TGKK aussenden.

63.

Brandschutzmaßnahmen für die Aufstellung von Festzelten

Im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, herausgegeben vom Amt der Tiroler Landesregierung, Abt. Ib, Nr. 37 vom Juli 1989, welches die Aufstellung von Festzelten aus baurechtlicher Sicht regelt, wurde unter anderem angeführt, dass bei der baurechtlichen Bewilligung solcher Festzelte aus der Sicht des vorbeugenden Brandschutzes die Punkte 1 bis 11 im gegenständlichen Merkblatt berücksichtigt werden sollten.

Nach Durchsicht dieser Punkte musste jedoch festgestellt werden, dass diese nicht mehr den zur Zeit geltenden Bestimmungen entsprechen und diese weiters nur schwer bei einer Überprüfung nachzuvollziehen sind.

Es werden daher nachstehend angeführte Maßnahmen aus der Sicht des vorbeugenden Brandschutzes bei der Aufstellung von Festzelten als erforderlich erach-

tet. Diese Maßnahmen beziehen sich insbesondere auf die Bestimmungen der Tiroler Bauordnung 98 § 16 und 18 sowie den Bestimmungen der Technischen Bauvorschriften § 10, 11 und 21.

1. Festzelte sind mit zumindest zwei möglichst einander gegenüberliegenden Ausgängen auszustatten. Die Durchgangslichter der Fluchtwege (Fluchtweg ist der Bereich innerhalb des Zeltes, der von einer Person innerhalb des Zeltes bis ins Freie zurückgelegt werden muss) muss mindestens 1,20 m betragen. Bei Festzelten, die zur Ansammlung von höchstens 120 Personen bestimmt sind, darf die Durchgangslichte von einem der beiden Ausgänge auf 1,0 m herabgesetzt werden.

Erforderliche Ausgangsbreiten aufgrund der auf die Fluchtwege angewiesenen Personenanzahl (bis zu 120 Personen werden die Bestimmungen der Technischen Bauvorschriften 98 herangezogen. Da die Bestimmung des § 11 Abs. 3 für Festzelte, insbesondere für deren Kontrolle bei Benützung des Festzeltes bezogen auf die Fluchtwegbreiten nicht so ohne weiteres möglich ist, werden für eine größere Personenanzahl die Bestimmungen der Arbeitsstättenverordnung über die Breiten der Fluchtwege herangezogen):

Personenanzahl:	erforderliche Fluchtwegbreiten (Summe)
120	220 cm (mindestens ein Ausgang 1,20 m und ein Ausgang 1,0 m)
200	300 cm
300	400 cm
400	500 cm

Für jede weiteren zehn Personen sind 10 cm zur erforderlichen Fluchtwegbreite hinzuzurechnen. Die Ausgänge sind soweit wie möglich gleichmäßig aufzuteilen (zumindest zwei Ausgänge).

2. Die maximale Fluchtweglänge (von jedem möglichen Aufenthaltsbereich im Zelt, der von Personen betreten werden kann) bis ins Freie (sicherer Bereich) darf 40 m Gehweglinie nicht überschreiten. Die Gehweglinie ist der zurückgelegte Gehweg unter Berücksichtigung der tatsächlich vorhandenen Einrichtungen, Lagerungen und sonstigen Hindernissen.

3. Sämtliche Türen auf Fluchtwegen müssen in Fluchtrichtung aufschlagend eingerichtet werden und müssen, wenn diese während der Betriebszeit versperrt werden sollen, mit einem Panikverschluss bzw. mit einer Anlaufstange mit Panikverriegelung ausgestattet werden. Zeltplanen im Bereich der Ausgänge bzw. Vorhänge im Bereich der Ausgänge müssen im geöffneten Zu-

stand die gesamte erforderliche Fluchtwegbreite und entsprechend der Normen erforderliche Höhe für Durchgangstüren im geöffneten Zustand freigeben. Diese Vorhänge bzw. Zeltplanen müssen von jedermann leicht geöffnet werden können (z. B. das Aufbinden von Zeltplanen usw. kann nicht als leicht öffnbar angesehen werden).

4. Die Zeltplane muss aus schwerbrennbaren (B 1) und nichttropfenden (Tr 1) Stoffen gemäß ÖNORM B 3800-1 hergestellt werden. Zeltplanen mit einer anderen Tropfenbildungs-kategorie dürfen nur dann verwendet werden, wenn diesbezüglich Rücksprache mit der Tiroler Landesstelle für Brandverhütung gehalten und eine diesbezügliche Stellungnahme abgegeben wird.

5. Für die verwendeten Zeltplanen sind die entsprechenden Prüfzeugnisse einer in Österreich akkreditierten Prüfanstalt auf Verlangen vorzulegen. Ausländische Prüfzeugnisse aus dem EU-Raum sind durch die Tiroler Landesstelle für Brandverhütung begutachten zu lassen. Andere Prüfzeugnisse müssen von einer akkreditierten Prüfstelle überprüft bzw. begutachtet werden. Die ergänzenden Stellungnahmen einer akkreditierten Prüfstelle oder der Tiroler Landesstelle für Brandverhütung müssen ebenfalls, wenn erforderlich, auf Verlangen vorgelegt werden.

6. Veranstaltungszelte sind mit einer Sicherheitsbeleuchtung gemäß den ÖVE-Vorschriften EN 2 auszustatten. Ein Nachweis der ausführenden Fachfirma ist auf Verlangen vorzulegen.

7. Sämtliche Fluchtwege, Ausgänge und Notausgänge sind entsprechend der Sicherheitskennzeichnungsverordnung und der ÖNORM F 2030 zu kennzeichnen.

8. Für abgeteilte Zeltbereiche (Küchenzelt, Schank, Barbereich, Kassenbereich usw.) sind zusätzliche Ausgänge entsprechend der erforderlichen Bestimmungen über die Fluchtwege vorzusehen.

9. Veranstaltungszelte müssen mit einer geeigneten Blitzschutzanlage bzw. Erdung ausgestattet sein, wobei die Montage dieser Blitzschutzanlage nur von dazu befugten Personen erfolgen darf. Ein entsprechendes Prüfprotokoll gemäß ÖVE-E 49 ist auf Verlangen vorzulegen.

10. Bei Zelten, die für die Ansammlung von mehr als 500 Personen dienen sollen, müssen notstromversorgte Alarmierungseinrichtungen vorgesehen werden, die eine Verständigung der Besucher im Brandfalle ermöglichen.

66. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 1997 bis 1999

Table with 10 columns: Gemeindefunktion, 1997 (12/97), 1998 (12/98), 1999 (12/99), 2000 (12/00), 2001 (12/01), 2002 (12/02), 2003 (12/03), 2004 (12/04), 2005 (12/05), 2006 (12/06). Rows include categories like Gemeindeverwaltung, Grundbesitz, and various taxes.

Anmerkung: 1) 75% Spartenabhängig, 2) 50% Kärnten, 3) 50% Kärnten, 4) 50% Kärnten, 5) 50% Kärnten, 6) 50% Kärnten, 7) 50% Kärnten, 8) 50% Kärnten, 9) 50% Kärnten, 10) 50% Kärnten.

11. Für die Erste Löschhilfe sind in den Veranstaltungszelten pro 200 m² jeweils ein Handfeuerlöscher mit mindestens 6 kg Löschmittelinhalt gemäß ÖNORM EN 3 zumindest für die Brandklassen A, B an gut sichtbarer und zugänglicher Stelle bereit zu stellen.

12. Alle Seiten des Veranstaltungszeltes müssen von Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr erreicht werden können. Dabei ist um das gesamte Zelt ein Fahrstreifen von mindestens 6,0 m frei zu halten. Dieser Bereich ist als solcher deutlich zu kennzeichnen (z. B. Halten-verboten-Schilder mit dem Zusatz „Feuerwehrzone“).

13. Im Bereich von Veranstaltungszelten ist eine ausreichende Wasserversorgung für eine eventuelle Brandbekämpfung sicher zu stellen (Außenhydranten oder Tankwagen). Darüber hinaus ist durch bereits angeschlossene Schlauchleitungen Vorsorge zu treffen, dass Löschaktionen jederzeit in Kraft treten können. Dies-

bezüglich wird auf die Bestimmungen des § 10 Abs. 2 der Technischen Bauvorschriften hingewiesen.

14. Für die Zeit der Veranstaltungen in Zelten ist eine Brandsicherheitswache erforderlich und auf Verlangen der Genehmigungsbehörde namhaft zu machen.

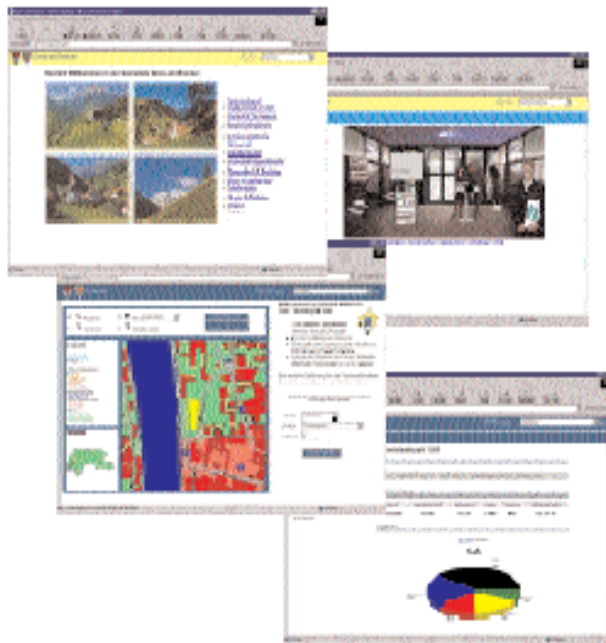
15. Veranstaltungszelte müssen zu besonders gefährdeten Gebäuden oder Lagerungen hin (Holzlagerplätze, Tennengebäude) einen Mindestabstand von 20 m aufweisen.

Werden die vorhin beschriebenen Maßnahmen je nach Größe bei den vorgesehenen Veranstaltungszelten eingehalten, dann können die Schutzziele gemäß § 10 Abs. 1 der Technischen Bauvorschriften 98, insbesondere im Bezug auf den Personenschutz, als erreicht angesehen werden.

aus: Tiroler Landesstelle für Brandverhütung,
Zahl 1364/00(B)-Sch/Er vom 10. Oktober 2000

64.

RiS Kommunal - Die Homepagelösung für Gemeinden.....



Der Internetauftritt für alle Tiroler Gemeinden

RiS Kommunal – ein modernes Werkzeug für die Kommunikation und Verarbeitung von Daten

Abilden einer realen Gemeinde im Internet

Umfangreiche Informationsmöglichkeit für den Bürger

Einbinden und gestalten eigener Formulare

Keinerlei Programmier- oder spezielle Internetkenntnisse notwendig

Editieren statt programmieren steht im Vordergrund

Datenbankanwendung – keine mengenmäßigen Beschränkungen

Integriertes Redaktionstool – Gemeinde kann jederzeit selbständig die Informationen ändern

WebCity – direkte Anbindung an GemGIS (Geografisches Informationssystem)

Automatische Einbindung von Help.gv.at

Kontakt: KufGem-EDV, Gerhard Muigg; Tel.: 05372-6902, Internet: ris.kufgem.at/www.kufgem.at

Verkauf eines Unimog

Die Gemeinde Eben am Achensee verkauft einen Unimog 1400, Bj. 1992, 68.000 km, mit Frontlader und Heckbagger, Fronthydraulik, alle Luft- und Hydraulikanschlüsse vorhanden, Kipperbrücke für Dreipunktbetrieb vorbereitet.

Zubehör: Klappschaufel, Schneeschaufel, 30 cm-Löffel, 60 cm-Löffel, Lichtbalken, Betongewicht.

Preis: ATS 800.000,- (Neupreis: 2,1 Mio.)

Anfragen bei der Gemeinde Eben am Achensee unter der Tel.-Nr. 0664/516475

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR SEPTEMBER 2000

(vorläufiges Ergebnis)

	August 2000 (endgültig)	September 2000 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 96 Basis: Durchschnitt 1996 = 100	105,8	106,0
Index der Verbraucherpreise 86 Basis: Durchschnitt 1986 = 100	138,4	138,6
Index der Verbraucherpreise 76 Basis: Durchschnitt 1976 = 100	215,1	215,5
Index der Verbraucherpreise 66 Basis: Durchschnitt 1966 = 100	377,4	378,1
Index der Verbraucherpreise I Basis: Durchschnitt 1958 = 100	480,9	481,8
Index der Verbraucherpreise II Basis: Durchschnitt 1958 = 100	482,3	483,3

Der Index der Verbraucherpreise 1996 (Basis: Durchschnitt 1996 = 100) für den Kalendermonat Oktober 2000 beträgt 106,0 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber September 2000 (105,8 endgültige Zahl) um 0,2% gestiegen (September 2000 gegenüber August 2000: +0,3%). Die Steigerungsrate gegenüber Oktober 1999 beträgt 2,8% (September 2000/1999: +3,0%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck